

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.065.925

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)17510/J-NR/2024

Wien, am 22. März 2024

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Selma Yildirim, Kolleginnen und Kollegen haben am 23. Januar 2024 unter der Nr. **17510/J-NR/2024** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Justiz macht Schule“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 15:

- 1. Wie oft wurde das Projekt „Justiz macht Schule“ bislang durchgeführt?
- 2. Wie haben sich die Zahlen seit Start jährlich entwickelt?
- 3. Wie ist die Aufteilung auf die Bundesländer jährlich seit Start?
- 4. Welche Mittel stellt das Ministerium für dieses Projekt zur Verfügung?
- 5. Wie haben sich diese Mittel seit Start jährlich entwickelt?
- 6. Kann allen Anfragen von Schulen auch nachgekommen werden?
- 7. Wenn nein, wie viele Anfragen konnten nicht erfüllt werden?
- 8. Wie lange dauert die Wartefrist, wenn eine Schule ein Projekt anfragt?
- 9. Wie oft werden Prävention, wie oft die Information zu den Berufsbildern der Justiz durchgeführt?
- 10. Wie haben sich diese Zahlen seit Start entwickelt?
- 11. Können die Angebote nur von den Schulen abgerufen werden oder wird „Justiz macht Schule“ aktiv in den Schulen beworben?

- 12. Gibt es Erhebungen, wie viele Personen sich nach einem solchen Workshop für einen Beruf in der Justiz entschieden haben?
- 13. Wenn nein, ist eine solche Evaluierung geplant?
- 14. Welche weiteren Schritte setzen Sie, um die Berufsbilder der Justiz bekannter zu machen?
- 15. Welche Kosten entstehen daraus?

Die österreichische Justiz ist seit jeher in der Öffentlichkeitsarbeit engagiert. Als dritte staatstragende Säule der Republik besteht eine besondere Verantwortung, die Bedeutung der Justiz und des Rechtsstaats für unser demokratisches Staatsgefüge insbesondere jungen Menschen zu vermitteln. Dies geschah und geschieht auf mannigfaltige Art und Weise, wobei nicht nur die von der Justiz geschützte demokratische Werteordnung vertreten, sondern auch die Justizberufe vorgestellt werden können und sollen, um dadurch das Interesse an einer Tätigkeit in der Justiz zu wecken. In diesem Zusammenhang sind neben dem Projekt „Justiz macht Schule“ beispielsweise Betätigungen im Rahmen berufspraktischer Tage, des Girls' Day, des „Legal Literacy Project“, eines „Tags der offenen Tür“, einer „Langen Nacht der Gerichtsbarkeit“ sowie auf Berufsmessen als weitere Maßnahmen anzuführen.

Das Projekt „Justiz macht Schule“ ist eine Initiative der Justiz, um Schüler:innen im Alter ab 12 Jahren die Aufgaben der Justiz mittels Vorträgen, Gerichtsbesuchen und Workshops auf einfache Art und Weise zu erklären und sie für rechtliche Themen zu sensibilisieren und zu begeistern. Die Initiative wurde unter dieser Bezeichnung erstmals im Sprengel des Oberlandesgerichts Wien für das Schuljahr 2010/2011 umgesetzt. Darüber hinaus ist es aber schon zuvor einer Vielzahl von Initiativen insbesondere engagierter Richter:innen – bundesweit – zu verdanken gewesen, dass Schulklassen zu Gerichtsverhandlungen eingeladen worden sind oder Richter:innen vor Schulklassen über die Justiz vorgetragen bzw. Workshops und Prozessspiele mit Schüler:innen abgehalten haben. Diese Initiativen, an denen neben Richter:innen auch Staatsanwält:innen, Richteramtsanwärter:innen, Rechtspfleger:innen, Bezirksanwält:innen, Kanzleibedienstete und Justizwachebeamte:innen beteiligt waren, sind vom Bundesministerium für Justiz ausdrücklich begrüßt und unterstützt worden.

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass unter das Projekt „Justiz macht Schule“ zahlreiche Maßnahmen fallen, für die kein einheitliches Startdatum angegeben werden kann. In diesem Sinne wurden auch Kontakte von den einzelnen Dienststellen (und dort insbesondere Richter:innen) mit den jeweiligen Schulen im Sprengel direkt genutzt bzw.

aufgebaut und in weiterer Folge gepflegt. In Hinblick auf die dezentralen Strukturen, die sich über Jahrzehnte bewährt haben, können folgende Angaben gemacht werden:

Allgemein lässt sich festhalten, dass eine hohe Nachfrage nach dem Projekt „Justiz macht Schule“ besteht. Üblicherweise richten die Schulen ihre Anfragen direkt an die (Richter:innen der) Landes- und Bezirksgerichte. Das Projekt wird teilweise über die Bildungsdirektionen in den jeweiligen Bundesländern aktiv beworben.

Den Berichten der nachgeordneten Dienstbehörden lässt sich entnehmen, dass nahezu allen Anfragen von Schulen in der Regel innerhalb von wenigen Wochen bis maximal drei Monaten nachgekommen werden konnte. Ausnahmen hiervon bilden einerseits die Jahre 2020 bis 2022, in denen pandemiebedingte Kontaktbeschränkungen bestanden haben, sowie andererseits vereinzelte Anfragen von Schulen, bei denen die Terminfindung aufgrund der engen zeitlichen Vorstellungen der Schulen erfolglos geblieben ist.

Wie eingangs dargestellt, begrüßt das Bundesministerium für Justiz jedes Engagement im Rahmen des Projekts „Justiz macht Schule“. Die Tätigkeiten und Veranstaltungen dienen der Wissensvermittlung über demokratische Grundprinzipien und die Grundzüge der Gerichtsbarkeit sowie der Vorstellung der Justizberufe. Insoweit verfolgt „Justiz macht Schule“ primär einen pädagogisch-didaktischen Ansatz, dient darüber hinaus aber auch der Mitarbeiter:innenrekrutierung.

Um das reibungslose Funktionieren der österreichischen Justiz zu gewährleisten, die vorhandenen Planstellen weitestgehend zu besetzen, Unterstände möglichst gering zu halten und Nachbesetzungen so zügig wie möglich vorzunehmen, hat das Bundesministerium für Justiz das Projekt „Personaloffensive“ gestartet, im Rahmen dessen verschiedene kurz- und langfristige Maßnahmen zur Personalgewinnung und -rekrutierung sowie zur Stärkung der langfristigen Bindung der Mitarbeiter:innen an die Justiz erarbeitet wurden und werden. Ein wesentlicher Teil dieses Projekts ist es, die Berufsbilder der Justiz bekannter zu machen.

Neben dem schon beschriebenen Projekt „Justiz macht Schule“ soll dies insbesondere durch die Präsenz der Justiz auf Berufsmessen gelingen. Zu beiden Schwerpunktvorhaben wird derzeit ein Erlass ausgearbeitet, um die organisatorischen Rahmenbedingungen näher zu konkretisieren und festzulegen sowie eine einheitliche Datenerhebung sicherzustellen.

Ganz generell hat die Justiz mit systematischen Erhebungen begonnen, die dokumentieren, wie Bewerber:innen auf die Justiz aufmerksam geworden sind. Bei „Justiz macht Schule“

kommt solchen Erhebungen naturgemäß nur eine bedingte Aussagekraft zu, weil Schüler:innen oftmals erst Jahre später ihre Berufsentscheidung treffen, wobei „Justiz macht Schule“ hervorragend geeignet ist, ein grundsätzliches Interesse für die Justiz zu wecken.

Darüber hinaus hat das Bundesministerium für Justiz eine umfassende Recruitingkampagne unter dem Titel „Berufe für Berufene“ lanciert, die derzeit im TV, in Online-Medien und auf Social Media läuft und deren Ziel gerade die Sichtbarmachung der Justiz ebenso wie des Werts einer funktionierenden Justiz für die Gesellschaft und letztlich der mannigfaltigen Berufsmöglichkeiten innerhalb der Justiz ist.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.

